

Schmidt, Gerlind

Bildungsreform in der DDR. Grundlegende Erneuerung der Schule?

Forum E 43 (1990) 2, S. 9-12



Quellenangabe/ Reference:

Schmidt, Gerlind: Bildungsreform in der DDR. Grundlegende Erneuerung der Schule? - In: Forum E 43 (1990) 2, S. 9-12 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-18779 - DOI: 10.25656/01:1877

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-18779>

<https://doi.org/10.25656/01:1877>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

Bildungsreform in der DDR – Grundlegende Erneuerung der Schule?

Von Gerlind Schmidt

In der „friedlichen Revolution“, wie sie sich seit Oktober 1989 in der DDR vollzog, hat Kritik an der Schule in den ersten Wochen einen Schwerpunkt gebildet; als Zehntausende von überwiegend jugendlichen Menschen ihr Land verlassen hatten, wurde dies auch als Zeichen eines Versagens der Erziehungsfunktionen der Schule gewertet. Bereits Anfang November wurde von der Notwendigkeit einer Bildungsreform gesprochen und noch unter Egon Krenz ein Aktionsprogramm des ZK der SED beschlossen (Neues Deutschland, 11./12. 11. 89), dessen Konturen in den Sofortmaßnahmen, aber auch noch in den ersten Diskussionsentwürfen der nachfolgenden Regierung Modrow zu erkennen waren.

Ein schwieriger Neubeginn

Nunmehr jedoch alle „auf dem Boden der Verfassung stehenden politischen, weltanschaulichen und religiösen Strömungen“ in das Bildungskonzept der Schule einbeziehend, proklamierte Hans Modrow in seiner Regierungserklärung vom November eine Abkehr von der Erziehung „zu Jasagern und doppelbödigem Anpassungsverhalten“. Zugleich rief er aber dazu auf, man solle „alles Positive aus Jahrzehnten sozialistischer Volksbildung ... sorgsam in der neuen Entwicklung aufheben“ (Deutsche Lehrerzeitung, 1989, Nr. 47, S. 1).

Auch für Fachkreise stellen sich mit dieser Aufforderung eine Reihe komplizierter Fragen, zumal die Dinge gegenwärtig im Fluß sind. Worin werden die „Errungenschaften“ des Bildungswesens von den Parteien, oppositionellen Gruppierungen, Kirchen, den „Betroffenen“ (Lehrern, Eltern, Schülern), der Wissenschaft, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit gegenwärtig gesehen? Was ist bisher in der DDR in Richtung auf eine Bildungsreform geschehen, und wie ist die bildungspolitische Situation einzuschätzen? Wie werden schließlich bildungspolitische Fragen thematisiert, die sich aus der offiziell bekundeten Absicht beider deutscher Staaten ableiten, sich einander anzunähern oder gar in naher oder fernerer Zukunft zusammenzuwachsen?

Erinnern wir uns zunächst: Schulpolitik war in der DDR ein ideologisch besonders gut kontrolliertes Terrain, hieß doch von 1963 bis November 1989 der Minister für Volksbildung Margot Honecker. Freilich hatte es Frau Honecker auch verstanden, die Bedeutung der Volksbildung als eines staatstragenden Pfeilers der Gesellschaft so umzumünzen, daß das Bildungswesen im Staatshaushalt keinesfalls zum Stiefkind wurde, wie auch für die Jugend in der DDR generell nicht an finanziellen Mitteln gespart wurde. Ein übriges tat die bildungspolitische Propaganda, der es gelang, der polytechnischen Schule der DDR bis in die Dritte Welt zu einem – nicht immer kritisch überprüften – guten Ruf zu verhelfen.

Öffentliche Kritik am Schulwesen hatten in den 80er Jahren eigentlich nur die Literaten in ihren Werken äußern dürfen, die dann im Oktober 1989 mit dem Schlagwort von der „Doppelzüngigkeit“ den Anspruch der Schule auf ein Erziehungskonzept in Frage stellten, das dem Klassenkampf im Sinne des Marxismus-Leninismus verpflichtet war. Die pädagogische Wissenschaft, die weitestgehend eine reine Auftrags- und Rechtfertigungswissenschaft war, hatte intern schon länger diskutiert, daß die hohen Aufwendungen für das Bildungswesen sich volkswirtschaftlich nicht auszahlen, Schulen und Universitäten nur „Mittelmaß“ entließen und eine umfassende berufliche Qualifizierung am häufigsten eher bescheidenen Bedarf der Wirtschaft vorbeiging. Empirische Forschungsergebnisse zu den politischen Einstellungen der Jugend blieben jedoch absolute Verschlußsache und brachten die verantwortlichen Wissenschaftler in Schwierigkeiten, weil die Ereignisse nicht dem postulierten Bild einer staatstragenden Jugend der DDR entsprachen.

Drängende Probleme nach der Wende

Seit der „Wende“ sind in der schulpolitischen Situation brennende Probleme auf die Tagesordnung gerückt worden, die Sofortmaßnahmen verlangten;

- Durch die Abwanderung des Jahres 1989 hat die Versorgung des Landes mit ausgebildetem pädagogischem Personal, seien es Kindergärtnerinnen, Lehrer, Hort- oder Heimerzieher, die in den 80er Jahren nicht ungünstig gewesen war, erhebliche Lücken erfahren, die kurzfristig nicht vollständig und nur unter Einbeziehung von Aus Hilfskräften gefüllt werden können.
- Wie für andere staatliche Bereiche in der DDR stellt sich auch für die Schule die Frage, ob sie politisches, aber auch moralisches Vertrauen zurückgewinnen kann, ohne das verbliebene Personal auszuwechseln. Versuche, in der pädagogischen Öffentlichkeit die Schuldfrage auf die „oberen Ränge“ im Ministerium und in der Schulverwaltung zu beschränken, bleiben fragwürdig, und der Vertrauensverlust machte auch vor Schuldirektoren und einzelnen Lehrern nicht halt. Die Abschaffung der Wehrerziehung, die Freigabe der Inhalte des Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterrichts wurden als Sofortmaßnahmen beschlossen; durch diese Maßnahmen wurden in der Wehrerziehung eingesetzte Pädagogen überflüssig; Staatsbürgerkundelehrer schieden vereinzelt auch aus eigenen Stücken aus dem Dienst. Zu rascher Wiedereinstellung zwangen die Fälle entlassener Lehrer, die alternativen politischen Gruppierungen angehört hatten (übrigens wurde auch die Relegation von Schülern zurückgenommen).
- Die proklamierte „Demokratisierung von unten“ wird bezüglich der „Betroffenen“ der bisherigen zentralistischen Bildungspolitik, Lehrern, Eltern und Schülern, durch das Fehlen juristischer Voraussetzungen, einen Mangel an Erfahrung und ungünstige materielle und zeitliche Bedingungen erschwert. An alltäglichen Abläufen im Schulwesen hatte sich schon in der Vergangenheit am ehesten Ärger und Widerspruch entzündet; zu Sofortmaßnahmen gehörte jetzt die Einführung der Fünftageswoche in der Schule, die schon seit längerem aus sozialpolitischen Gründen in der Diskussion war. Seit Öffnung der Grenze ließ sich ein geregelter Unterricht am Sonn-

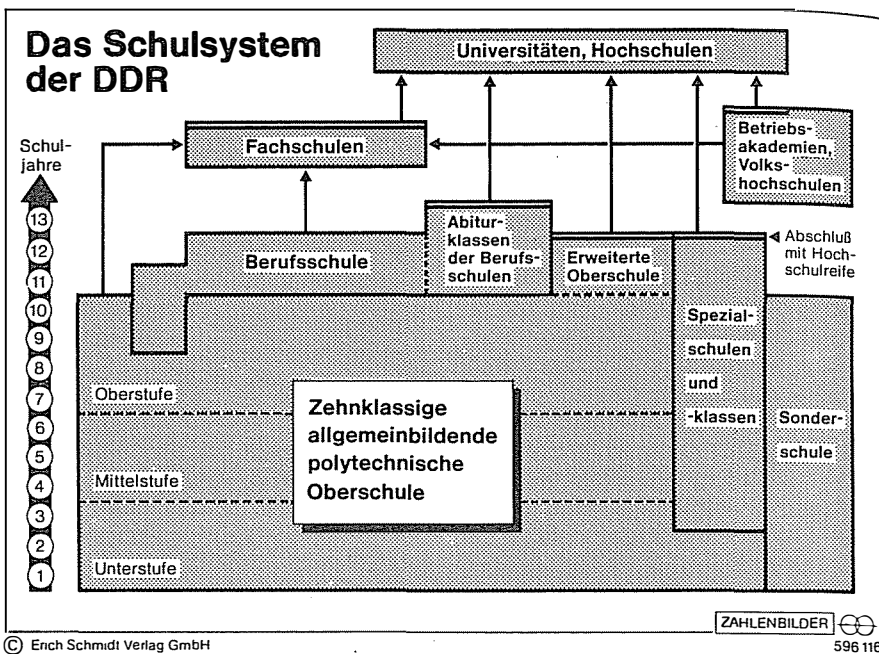
abend vielerorts nicht mehr aufrechterhalten. Die Einführung des schulfreien Sonnabends, die durchaus nicht allen Familien gelegen kommt, wurde vom neuen Bildungsminister mit „Störungen“ und angekünndigten „Eskalationen“ gerechtfertigt (Neues Deutschland vom 14. 11. 1989, S. 2), und auf eine Übergangsphase verzichtet.

Wenig extreme Standpunkte erkennbar

Die Diskussionen um eine längerfristig einzuleitende „Erneuerung der Schule“ vollziehen sich in einer Spannung zwischen pluralistischen Konzepten und der Forderung nach einem „Konsens“ der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte hinsichtlich der Ziele, Inhalte und der Schulorganisation. An den verschiedensten Orten und mit Unterstützung unterschiedlichster Organisationen haben sich Podiumsgespräche, Diskussionsveranstaltungen, Arbeitsgruppen zu Fragen von Schule und Bildungswesen herausgebildet; auch wurden Bildungsministerium und Gewerkschaft, Unterricht und Erziehung, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und die Presse (z.B. die „Deutsche Lehrerzeitung“) mit einer Fülle von Stellungnahmen und Zuschriften übersättigt, in der Kritik und Verbesserungsvorschläge für die Arbeit der Schulen zum Ausdruck gebracht werden.

Um diese Ansätze für eine noch zu konstituierende Bildungskommission der Volkskammer, die den Entwurf eines neuen Bildungsgesetzes vorbereiten soll, zu diskutieren und nutzbar zu machen, wurden seit Anfang Dezember in Berlin überregionale Arbeitsgruppen eingerichtet, die nach dem Muster des „runden Tisches“ verfahren. Zu den Teilnehmern dieser Arbeitsgruppen gehören Vertreter von Parteien, Bewegungen und Kirchen, Mitarbeiter staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen sowie zahlreiche pädagogische Wissenschaftler, schließlich aber auch Einzelpersonlichkeiten, so beispielsweise aus der kirchlichen Bildungsarbeit.

Versucht man, einen ersten Eindruck von der bis zum Jahresanfang 1990 aus diesen Arbeitsgruppen an die Öffentlichkeit gedungenen Auffassungen zu vermitteln, so werden bis zu diesem Zeitpunkt bei allen unterschiedlichen Positionen, wie sie aus dem breiten Spektrum der sich verändernden überkommenen Parteien (SED und Blockparteien) sowie der neu entstandenen oppositionellen Gruppierungen resultieren, vergleichsweise wenig „extreme“ Stand-



© Erich Schmidt Verlag GmbH

596 116

Kern des Schulsystems in der DDR ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die als staatliche Regelschule grundsätzlich von allen Kindern besucht wird und die als Einheitsschule alle ihre Schüler nach einheitlichen Lernzielen und Lehrplänen unterrichtet. Sie wird von der Mehrzahl der Schüler bis zum Abschluss des zehnten Schuljahrs durchlaufen und bestimmt damit das Bildungsniveau eines großen Teils der jüngeren Generation.

Die Oberschule ist organisatorisch in Unterstufe (Klasse 1–3), Mittelstufe (Klasse 4–6) und Oberstufe (Klasse 7–10) gegliedert. In der Unterstufe werden Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt. Neben Deutsch und Mathematik stehen Werkkunde oder Schulgartenunterricht, Sport, Musik und Zeichnen auf dem Stundenplan. Der Übergang zum Fachlehrerprinzip erfolgt in der Mittelstufe, in der Russisch, Geschichte, Geographie, Biologie und Physik als Unterrichtsfächer hinzutreten. Mit Russisch als obligatorischer erster Fremdsprache wird in der 5. Klasse begonnen; als fakultative zweite Fremdsprache kommt in der 7. Klasse meist Englisch dazu. Im Rahmen der polytechnischen Bildung, die vor allem im Werkkundeunterricht vermittelt wird, sollen die Schüler an die Arbeitswelt herangeführt werden, handwerklich-technische Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben und eine disziplinierte Arbeitshaltung einüben. Die berufsvorbereitende und -lenkende Funktion der Oberschule kommt im Unterricht der Oberstufe noch stärker zum Ausdruck. Wieder liegt der Schwerpunkt auf den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern: Der polytechnische Unterricht vermittelt den Schülern von der 7. Klasse an eine technologisch-wirtschaftliche „Einführung in die sozialistische Produktion“ und (in einem besonderen Fach) Grundkenntnisse im Lesen und Anfertigen technischer Zeichnungen. Ergänzt wird diese mehr theoretische Ausbildung durch die produktive Arbeit der Schüler in einem Betrieb, der dazu eng mit der Schule kooperiert. In dieser Phase fallen bereits die Entscheidungen über die künftige Berufslaufbahn.

Möglichkeiten zur Auslese besonderer Begabungen bieten die Spezialklassen und Spezialschulen, die nur in begrenztem Umfang eingerichtet werden und in der Regel bis zum Abitur führen. Beschränkt ist auch der Zugang zur zweiklassigen Erweiterten Oberschule (EOS), die auf die zehnklassige Normalschule aufbaut. Außer von den schulischen Leistungen hängt es von der politisch-gesellschaftlichen Einstellung des Schülers, von seiner sozialen Herkunft und vom veranschlagten Bedarf ab, ob er in die Abiturstufe übernommen wird. Ein dritter Weg zum Abitur führt über besondere Berufsschulklassen. Wer die Hochschulreife erworben hat, besitzt aber noch keinen Anspruch auf Zugang zu einer Universität oder Hochschule; sie gibt ihm lediglich die Möglichkeit, sich um einen der verhältnismäßig knappen Studienplätze zu bewerben.

punkte erkennbar. Überhaupt scheint die Schulpolitik gegenüber der Politik der Inneren Sicherheit, der Wirtschaftspolitik und deutschlandpolitischen Fragestellungen bisher ein ruhigeres Gewässer zu sein, das sich beispielsweise auch noch vom Hochschulbereich unterscheiden dürfte, der durch lebhaftere und vielfältige Aktivitäten gekennzeichnet ist. Die Einschätzung eines Erziehungswissenschaftlers der Humboldt-Universität in Berlin dürfte wohl zutreffend sein, daß Lehrer und Erzieher – wenn auch sicherlich bei weitem nicht überall – „mit großer Besonnenheit“ ihre tägliche Pflicht erfüllen, um die Stabilität in der Schule aus ihrer persönlichen Verantwortung heraus aufrechtzuerhalten (Deutsche Lehrerzeitung, 1989, Nr. 45, S. 4).

Wenn dennoch in Berlin beispielsweise nach Aufhebung der Verbindlichkeit der Lehrpläne für die Staatsbürgerkunde je nach Entscheidung des Schulrates der entsprechende Unterricht teilweise nur noch fakultativ erteilt oder gar ganz ausgesetzt wurde, wenn auf Initiative der Elternschaft in einzelnen Schulen die Wahl von Elternbeiräten oder die Aufnahme der Kinder in die Pionierorganisation vorerst aufgeschoben wurde, griffen Beobachter rasch zu dem Wort „Chaos“ (DLZ, 1989, 48, S. 4). Auch Meldungen vom „psychischen Terror“ gegen einzelne Staatsbürgerkundelehrer (ebd.) entbehren sicher nicht der Grundlage, dürften aber auch eine propagandistische Überspitzung beinhalten. Die Verantwortung des Ministeriums, aber auch der

Schulbürokratie, die sich häufig „ihren Lehrern“ gegenüber allzu bedeckt halte (DLZ, 1989, 51, S. 2), anstatt ihnen in schwieriger Situation klare Anleitungen zu geben oder aber den Rücken für selbständige Entscheidungen zu stärken, wurde wiederholt mit bitteren Worten eingeklagt und dem neuen Minister für das Bildungswesen, dem Chemiker Professor Emons, Konzeptionslosigkeit vorgeworfen.

Dies dürfte sich möglicherweise ändern, seit zu Jahresbeginn mit Volker Abend, dem zeitweiligen Leiter der katholischen Theresienschule in Berlin, ein Vertreter des Neuen Forums, der für Schulen zuständige stellvertretende Bildungsminister geworden ist (Frankfurter Rundschau, Deutschland-Ausgabe, 18. 1. 1990, S. 9). Abend beispielsweise hält rasche Änderungen – speziell Korrekturen rechtlicher Regelungen – auch „von oben“ und nicht nur „von unten“ für notwendig (ebd.).

Die einheitliche polytechnische Schule

Welche Standpunkte zur Erneuerung der Schule – jenseits von Sofortmaßnahmen im Bereich von Friedenserziehung und Beseitigung des ideologischen dogmatisierten „Bekennnischarakters“ der Schule – zeichnen sich gegenwärtig ab?

Wie ist die Gefahr einzuschätzen, daß der neue Anlauf sich in „oberflächlich politisch verbrämten Pragmatismus“ – so der bereits zitierte Erziehungswissenschaftler der Humboldt-Universität (DLZ, 1989, 45, S. 4) –, verliert, nachdem die erste Phase der Rücktritte oder des Ausscheidens aus dem Dienst in Ministerium und Pädagogischer Forschung, aber auch in Schulbürokratie und Lehrerschaft beendet ist?

Ein Überblick über die Themen der vom Ministerium eingesetzten Arbeitsgruppen umreißt zugleich auch die Problemfelder des allgemeinbildenden Schulwesens in der DDR: Die Schule war bisher im wesentlichen inhaltlich und organisatorisch als eine einheitliche polytechnische Schule konzipiert, die jedoch zunehmend von differenzierenden Elementen aufgelockert wurde. Zu nennen ist insbesondere der fakultative Unterricht, der beispielsweise eine zweite Fremdsprache neben dem obligatorischen Russischunterricht (ab Klasse 5) umfaßt und für die Erlangung der Hochschulreife bedeutsam ist. Spezialschulen und Spezialklassen für besondere Begabungen führen eine Minderheit von Schülern (ca. 3 bis 5 Prozent des Alters-

jahrgangs) zu einem Zehnklassenabschluss oder zur Hochschulreife; insbesondere die Absolventen der Klassen mit erweitertem Russischunterricht (Beginn: Klasse 3) gelten faktisch als privilegierte unter den Abiturienten.

Ihrem Ziel, möglichst alle Schüler zum Abschluß der 10. Klasse zu führen, wurde die polytechnische Oberschule nie ganz gerecht, erwarben doch konstant nur ca. 85 Prozent des Altersjahrgangs den Zehnklassenabschluss. Nur ca. 15 Prozent des Altersjahrgangs erreichten die Hochschulreife auf dem direkten Weg in der sog. Abiturstufe, davon gut 8 Prozent in der zweijährigen Erweiterten Oberschule, 4 Prozent in Abiturklassen in Einrichtungen der Berufsausbildung und der Rest in Spezialschulen und -klassen. Als weltanschaulich gebundene Schule benachteiligte die Schule in der DDR Schüler bei der Hochschulvorbereitung, die sich dem ideologischen Diktat nicht unterwerfen wollten, insbesondere religiös engagierte Jugendliche. Die oben beschriebenen Arbeitsgruppen sollten nun unter anderem eingerichtet werden zum Staatsbürgerkundeunterricht, zur Fremdsprachenausbildung in der Schule, zur polytechnischen Bildung und Erziehung, zur Sonderschulbildung, zur Abiturstufe, zur Lehreraus- und -weiterbildung, zur Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule und schließlich zu den Pflichten und Rechten, Arbeits- und Lebensbedingungen der Pädagogen (Deutsche Lehrerzeitung 1989, Nr. 47, S. 2). Bei der Ausarbeitung von „Diskussionsangeboten“, „Vorschlägen“ und Thesenpapieren, die den Arbeitsgruppen, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit vorgelegt wurden, trat die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin besonders hervor, die bis zur „Wende“ direkt dem Ministerium für Volksbildung unterstellt gewesen war.

Gegenwärtiger Diskussionsstand

Unter Einbeziehung der vorliegenden spärlichen Publikationen über die Ergebnisse der Rundtischgespräche läßt sich gegenwärtig folgender Überblick über den Diskussionsstand bis zum Jahresanfang geben:

– Die Wiedererrichtung eines Gymnasiums ab Klasse 5 wie überhaupt die „dreigliedrige Schulstruktur der Bundesrepublik Deutschland“ erschien den namhaften politischen Gruppierungen bislang nicht sonderlich attraktiv; dies schließt nicht aus, daß etwa im kirchlichen Bereich oder im Zusam-

menhang mit den Spezialschulen und -klassen für besondere Begabungen die Sonderwege im einheitlichen Schulwesen stark zunehmen werden; dabei sollen auch Schalexperimente und Modellversuche eine beträchtliche Rolle spielen. Diskutiert wird auch eine flexiblere Gestaltung der Einschulung (zwischen 5 und 7 Jahren) sowie das Überspringen einzelner Schulklassen.

- Das Freizeit- bzw. Nachmittagsangebot der Schule (einschließlich von Schülern und freiwilligem Hortbesuch für Schüler der Klassen 1 – 4) wird angesichts der hohen Quote erwerbstätiger Frauen in der DDR überwiegend als Errungenschaft gewertet, aber in organisatorischer und inhaltlicher Sicht als verbesserungsbedürftig angesehen. Ein heftiger Streitpunkt zwischen der SED – PDS und den anderen Parteien und politischen Gruppierungen ist hierbei die Stellung von Pionierorganisation und FDJ an den Schulen. Die Vorschläge reichen von einer Lockerung der bisherigen weitgehenden Verflechtung von Schule und Kinder- und Jugendorganisationen über eine Zulassung neu zu gründender alternativer Kinder- und Jugendverbände bis zu einer völligen Trennung der Schule von der gesellschaftlichen Jugendarbeit (ein besonderer Streitpunkt ist hierbei zur Zeit das Schicksal der Jugendweihe). Die zunehmende Einbeziehung von Eltern in das Nachmittagsangebot der Schulen wie auch die Einführung einer Ausbildung von „Freizeitpädagogen“ sind in der Diskussion.
- Hochschulvorbereitung: Die schon bei ihrer Durchsetzung im Jahre 1982 intern umstrittene Auflösung der Vorbereitungsklassen 9 und 10 und damit die Verkürzung der Erweiterten Oberschule auf einen zweijährigen Zyklus soll zurückgenommen werden. Die gesonderte Hochschulvorbereitung würde dann wieder in Klasse 9 beginnen, aber auch weitere Übergangsmöglichkeiten nach Abschluß der Klasse 10 wären vorgesehen. Es wird eine beträchtliche Erweiterung der Abiturientenzahl über die Zahl der geplanten Studienzulassungen hinaus diskutiert, die die Eröffnung neuer Berufe und entsprechender Ausbildungsgänge für Abiturienten nach sich ziehen soll. Ein weiterer Vorschlag betrifft die Wiedereinführung einer gesonderten Ausbildung von Lehrern für die Erweiterte Oberschule, die es bis 1969 in der DDR schon gegeben hatte. Für die Erweiterte Oberschule wird eine verstärkte Diffe-

renzung, etwa nach Richtungen wie mathematisch-naturwissenschaftlichem Profil u.ä. erwogen, wobei auch die Unterscheidung zwischen vertieftem Lernen in einem Kernbereich und einer Zuwahl spezieller Kurse eine Rolle spielt. Ziel soll jedoch die Zuerkennung einer allgemeinen Hochschulreife bleiben (DLZ, 1989, Nr. 51, S. 9/10).

- Fremdsprachenunterricht: Es werden verschiedene Vorschläge für eine Veränderung der bisherigen Fremdsprachenausbildung diskutiert; Schwerpunkt ist die Frage, ob Russisch weiterhin wie bisher obligatorisch als erste – und damit für einen Großteil der Schüler einzige – Fremdsprache ab Klasse 5 gelehrt werden soll.
- Polytechnischer Unterricht: Weitgehende Einigkeit besteht in der Bewertung des polytechnischen Unterrichts als einer Errungenschaft der Schule der DDR; zur Veränderung der bisherigen inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung liegen jedoch verschiedene Vorstellungen vor. Es wird beispielsweise eine Erweiterung der „Produktiven Arbeit“ der Schüler auf neue Bereiche wie den Dienstleistungsbereich, das Sozialwesen, den Umweltschutz vorgeschlagen.
- Übergang nach Klasse 8 in die Berufsausbildung: Es wird erwogen, etwa 20 Prozent des Altersjahrgangs nach Abschluß der Klasse 8 eine dreijährige Berufsausbildung aufnehmen zu lassen, wobei ihre Allgemeinbildung fortzuführen ist.
- Reform der Bildungsverwaltung, Neufassung des Elternrechts und der Mitbestimmungsrechte von Lehrern und Schülern: Bei Ablehnung basisdemokratischer Verfahren durch den neuen Minister (keine Wahl des Schuldirektors „von unten“, wie etwa in der Sowjetunion teilweise praktiziert) besteht die Absicht, die pädagogische Verantwortung der einzelnen Schule auszubauen und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß sich die pädagogische Kompetenz jedes einzelnen Lehrers stärker entfalten und auswirken kann als bisher. Gerade in diesem Bereich ist mit einer regen Anteilnahme breiterer Kreise der Öffentlichkeit zu rechnen. So werden bei der Neugestaltung des Elternrechts seitens der Kirchen und alternativen Bewegungen sehr weitgehende Forderungen geäußert (z.B. Elternentscheidung versus schulischer Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder). Aus der gegenwärtigen Entwicklung demokratischer Formen in

der Politik ergibt sich auch die Forderung, bei den Schulräten ein ehrenamtliches Kollegium unter Einbeziehung von Vertretern der Bürgerbewegungen und Parteiloser einzurichten, das die Schulverwaltung regelmäßig kontrollieren sollte (DLZ, 1989, 51, S. 6).

Die grundsätzliche Reflexion noch nicht begonnen

Über weiterreichende, mehr „qualitative“ Fragen der Erneuerung der Schule wie eine Veränderung der Unterrichtsmethoden (u.a. Einführung von Projektunterricht), Veränderung der Zensurierung (Einführung von Worturteilen), einen Ausbau der musischen Erziehung (dies eine Forderung besonders aus kirchlichen Kreisen) ist es naturgemäß schwerer, einen Überblick zu geben. Neue Impulse scheinen sich vorerst auch so zu kanalisieren, daß etwa die Einrichtung von Freien Waldorfschulen nun auch in der DDR gefordert wird, wie die Verfasserin dem Schwarzen Brett in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin – im Bau des früheren Preußischen Kultusministeriums untergebracht – entnehmen konnte.

Ein Mitglied der Bürgerinitiative „Demokratie jetzt“ äußerte, daß ein gesamtge-

sellschaftliches Gespräch über Ziele, „Reflexionen über das der Bildung zugrundeliegende Menschenbild noch gar nicht angefangen“ haben (DLZ, 1989, 51, S. 3). Demgegenüber treten beispielsweise Vertreter aus dem Bereich der katholischen Kirche für ein Pluralismus-Konzept ein; vermutlich in einem ähnlichen Sinn wurde auch die Einführung eines Faches „Religionskunde“ gefordert (gegenüber dem Evangelischen Nachrichtendienst; Neue Zeit, 16. 12. 1989, S. 7).

Wenn eine sich unter Fachleuten in der DDR durchsetzende Einsicht Raum greift, eine größere Vielfalt der Aktivitäten in den einzelnen Schulen in Übereinstimmung mit den jeweiligen materiellen Bedingungen und den Bedürfnissen aller am Schulleben vor Ort Beteiligten zuzulassen, so werden künftig zahlreiche Einzelprojekte studiert werden müssen, damit man sich ein Bild von Entwicklung und Leistungen der Schule in der DDR machen kann. Die Erwartungen sollten in Rechnung stellen, daß die materiellen und personellen Bedingungen in den Schulen sich im letzten halben Jahr eher verschlechtert haben (Andauern des Abwanderungsprozesses). Schließlich dürfen auch die Vorstellungen bei Wissenschaftlern und Schulpraktikern durch die langjährige Isolierung von der internationalen pädagogischen Entwicklung nach wie vor in nicht wenigen Punkten festgefügt sein.

